

Buchbesprechungen

Huppertz, Paul Helmut: Gewaltenteilung und antizyklische Finanzpolitik — Ein Beitrag zur Theorie institutioneller Bedingungen der Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1977. 215 Seiten. DM 62,—.

Der Autor analysiert die finanzpolitisch bedeutsamen Interorganbeziehungen im Staatssektor der Bundesrepublik Deutschland zwischen Bundesregierung und Bundestag sowie zwischen Bundesregierung und Bundesbank im horizontalen und zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im vertikalen Sinne. Im Ergebnis kann er im wesentlichen die in der Literatur und in der öffentlichen Diskussion weit verbreitete Auffassung bestätigen, daß für die antizyklische Finanzpolitik die gewaltenteiligen Interorganbeziehungen zur Entstehung eines den konzeptionellen Erfordernissen entgegengesetzten „decision bias“ beitragen.

In der Diskussion der Möglichkeiten, den von der Existenz gewaltenteiliger Interorganbeziehungen geförderten decision bias der Finanzpolitik zu verringern, stellt der Autor drei verschiedenartige Problemlösungsansätze vor: die Koordination der finanzpolitischen Entscheidungen ohne Modifikation des institutionellen Gefüges der Gewaltenteilung, die Abschwächung des Intensitätsgrades der Gewaltenteilung durch partielle Gewaltenkonzentration und die Variation im institutionellen Gefüge bei unverändertem Intensitätsgrad der Gewaltenteilung.

Mit diesem Buch ist es *Huppertz* gelungen, mit Hilfe des verfügbaren empirischen Materials nicht nur bestehende Hypothesen zu bestätigen oder zu erschüttern, sondern auch über eine differenzierte Typologie gewaltenteiliger Interorganbeziehungen zu komplexeren Aussagen zu gelangen. Der vorliegende Beitrag zur Theorie institutioneller Bedingungen der Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vermittelt somit interessante Erkenntnisse auf einem Gebiet, das im Rahmen der Finanzpolitik bisher immer etwas stiefmütterlich behandelt wurde.

Manfred Piel, Bonn

Backes, Manfred: Kurssicherungsgeschäfte. Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Band 93. Duncker & Humblot, Berlin-München 1977. 141 S.. Kart. DM 68,—.

Der Titel des Buches — einer von Hans Jacob Krümmel betreuten Dissertation — ist ebenso bescheiden und damit irreführend und zugleich marketing-ineffizient wie der der Habilitationsschrift des Doktorvaters

(„Bankzinsen“): Wie die letzte nicht nur die Bankzinsen zum Gegenstand hatte, sondern neben der (umfassend behandelten) Preispolitik auch erstmals deren Stellung innerhalb der gesamten absatzpolitischen Instrumente enthielt, so nehmen die Kurssicherungsgeschäfte nur einen bescheidenen Anteil des vorliegenden Buches ein. Richtiger und zugleich wesentlich zugkräftiger wäre der Titel „Kurssicherungspolitik“ gewesen.

Das Werk zeigt zwei Schwerpunkte: Instrumente der Risikoabwehr (Kapitel B, 28 S.) und Determinanten der Kurssicherungsentscheidung (Kapitel C, 57 S.). Enttäuschend ist dabei die Behandlung der Instrumente, die nach Vorliegen der Abhandlung von Paul Funk (Währungspolitik bei langfristigen Exportgeschäften, Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1974) an ihr gemessen werden muß. Originell ist allenfalls die Klassifizierung risikovermeidend (Ausschluß des Entstehens von Währungsforderungen), risikokompensierend (Kurssicherungsgeschäfte) und risikovorbeugend. Die Instrumente der letzten Gruppe werden allerdings sowohl unvollständig gebracht (Fehlen der ursachenbezogenen Maßnahmen) als auch inkonsequent gehandhabt (fehlende Aufzeigung der Interdependenz zwischen Risikokalkulation und Reservenbildung).

Wirkliches Neuland enthält demgegenüber der zweite Schwerpunkt, auf den die Hälfte der Ausführungen entfallen. Der Autor versucht zunächst, „die Entscheidungsprinzipien“ herauszuarbeiten (S. 57 ff.). Er geht dabei von der „Zielvorstellung“ einer Gewinnmaximierung aus. Anschließend werden vier Modelle möglichen Verhaltens vorgestellt, bei denen allerdings die Prämissen so einengend sind, daß man nach der Realisierungsmöglichkeit im konkreten Einzelfall fragen muß. Nach dieser (angesichts der beschränkt auf mathematische Modellentwicklung möglichen) sehr knappen Darstellung steht die Überschrift „Entscheidungskriterien für spezielle Methoden der Devisenkurssicherung“ (S. 77 ff.). Der Aussagewert der Modelle ist allerdings minimal — ebenso der des dritten (und längsten) Unterabschnitts „Kurssicherungsentscheidungen bei diversifizierter Gesamtposition“ (S. 88 ff.). Ein anderer Rezensent (Paul Funk, ZfbF) würdigt die Leistungen des Verfassers treffend mit den abschließenden Sätzen: „Alles in allem hat die Kurssicherung ... einen ersten geschlossenen mathematischen Ansatz gefunden. ... Von der theoretischen Seite handelt es sich ... um eine ausgezeichnete Arbeit.“ Wir können uns aber nicht der Meinung von Hans Jacob Krümmel anschließen, daß angesichts der einfachen Strukturierung des Gesamtmodells und seines relativ bescheidenen Datenanspruchs die Anwendbarkeit optimistisch zu beurteilen sei. Wir meinen eher, daß der Verfasser hier die große Chance verpaßt hat, ein Determinantensystem zu liefern.

Deswegen ist das Buch leider nur ein wertvoller Beitrag zur mathematisch konzipierten Entscheidungstheorie geworden.

Oswald Hahn, Nürnberg

Schuster, Leo: Macht und Moral der Banken. Bankwirtschaftliche Forschungen, Band 26. Verlag Paul Haupt, Bern 1977. 147 Seiten. Geb. sfr/DM 38,—.

In der gekürzten St. Galler Habilitationsarbeit werden zunächst Elementarfragen der Begriffe „Macht“ und „Moral“ angeschnitten. Macht und Moral werden im allgemeinen und unter besonderen geld- und bankpolitischen Perspektiven behandelt. Ausführlich geht *Schuster* dabei auf das Universalbanksystem, auf personelle und kapitalmäßige Verflechtungen, auf Spekulation und Geldschöpfung, auf Kooperation und Konzentration sowie auf Kartelle ein. Das Depotstimmrecht, Bankgeheimnis, Bankaufsicht und die Beziehungen der Banken zur Zentralbank sowie zur Legislative werden unter der „Rechtlichen Dimension“ von Macht und Moral der Banken subsumiert. Ein besonderes Kapitel befaßt sich mit betriebswirtschaftlichen und personalwirtschaftlichen Komponenten des Themas. In dem Schlußkapitel, das mit „Lösungsmöglichkeiten des Konflikts“ überschrieben ist, liest man engagierte Plädoyers für moralische Selbstbeschränkung der Banken, für eine stramme Geld- und Aufsichtspolitik sowie gegen die Verstaatlichung.

Es handelt sich um eine sehr behutsam formulierte Arbeit. *Schuster* vermeidet es, irgendjemandem zu nahe zu treten; den Banken nicht, aber auch nicht den Linken; den Kollegen nicht, den Regierungen und den Parlamentariern nicht, der (katholischen) Morallehre nicht und auch der Presse nicht; nicht einmal den Verbänden. Oft denkt der geneigte Leser: „Jetzt kommt es“ — und dann kommt es nicht.

Schuster erreicht diesen hohen Grad der Ausgewogenheit durch einen klugen Kunstgriff, indem er nämlich das von ihm behandelte Phänomen der Moral nicht definiert. In Übereinstimmung mit dem Stand der Erkenntniskritik räumt er ein, daß gewisse Wertvorstellungen „von Generation zu Generation und von Volk zu Volk einem steten Wandel unterworfen“ sind. In anderen aber glaubt er, „sittliche Konstanten“ zu erblicken, womit für einen Teil der Leser die Welt wieder in Ordnung sein dürfte, oder sie zumindest mit dem Autor einigermaßen versöhnt werden. In Wirklichkeit gibt es Moral „an sich“ natürlich auch nicht in der Form sittlicher Teil-Konstanten. Man kann ja logisch nicht ausschließen, daß andere Menschen (frühere, gegenwärtige, künftige) grundsätzlich andere Moralvorstellungen haben. Eine begründete Definition von „Moral“ ist also gar nicht möglich, was auch für das vorliegende Buch gilt. Kein noch so toller Kodex kann den Bankiers im konkreten Einzelfall die unangenehme Entscheidung (und die Last der Konsequenzen daraus) abnehmen, was sie mit ihrem Gewissen vereinbaren können und was nicht. Es gibt nichts, was sie exkulpieren. Nirgendwo wird diese Einsicht in *Schusters* Buch deutlicher als dort, wo er bei der „Bedeutung der Spekulation durch Banken“ zu einem Pas-de-deux ansetzt. Es führt selten zu einem vernünftigen Ergebnis, wenn man ein Werturteil mit einem anderen begründet.

Das praktische Leben hat es weniger mit der Moral als mit der Macht der Banken zu tun. Als verheerend hat sich hierbei die von *Schuster* zitierte sogenannte „Anschlußtheorie“ ausgewirkt, nach der die Banken als Ausnahmebereich der Wettbewerbspolitik angesehen werden. Trotz einiger kryp-

tischer Bemerkungen (S. 19) tritt auch *Schuster* voll auf den Boden dieses Irrtums, wenn er schreibt (S. 45): „Die nationale Giralgeldschöpfung ist ... als die Quelle der Bankmacht zu betrachten.“ Also, so muß man dann wohl mit dem italienischen Kreditwesengesetz von 1936 folgern, ist der Bankkredit eine „Angelegenheit des öffentlichen Interesses“. Im deutschen Sprachbereich geht diese Verwirrung vor allem auf das Konto der frühen Ordo-Liberalen, die meinten, das „Grundproblem der Geldverfassung“ liege darin, daß außer dem Staat auch die Banken „im Wettbewerb miteinander“ Geld schaffen und dieses im Kreditweg in den Verkehr kommt. Deshalb sei „auf die Geldschaffung die freie Konkurrenz als Ordnungsprinzip grundsätzlich nicht anwendbar“ (Friedrich Lutz, 1936). Diese folgenschwere Verwechselung von Geldpolitik und Gewerbepolitik hat sich bis heute erhalten und wird sowohl von den Banken als auch von der Verwaltung liebevoll gepflegt; von den einen, weil sie ihnen wirtschaftspolitische Privilegien verschafft; von der anderen, weil sie administrative Kompetenzen untermauert und entwicklungsfähig hält. Dabei lassen sich ohne weiteres ein bis zwei Dutzend andere Gewerbezweige hersagen, die unter dem Aspekt von Sicherheit und Ordnung mindestens ebenso „wichtig“ oder „gefährlich“ sind wie Banken. Wer aber für Auto-Reparaturwerkstätten oder Lebensmittelimporteure Wettbewerbsprivilegien fordern wollte, würde sich lächerlich machen, wenngleich es hier um Leib und Leben geht und nicht bloß um Geldvermögen.

Ohne die irrite „Anschlußtheorie“ brauchte man sich viel weniger intensiv darüber zu unterhalten, ob das Universalbanksystem besonders machträchtig ist, weil es — frei nach Adolf Weber — „Depositenbank“ und „Spekulationsbank“ in einer Firma vereinigt. Es wäre auch die Frage des Vollmachtstimmrechts von geringerem Interesse. Man brauchte sich schließlich auch nicht mit Hilfe des dunklen Begriffes vom Gruppenwettbewerb wieder in die Marktwirtschaft hineinzumogeln. Es wird wirklich Zeit, daß sich Fachwissenschaft und Legislative der kaum originellen Einsicht erinnern, daß wie überall auch im Bankgewerbe der Wettbewerb der natürliche Todfeind von Macht ist. Nichts stärkt umgekehrt die Macht der Banken so gut wie ein Nachlassen des Bankenwettbewerbs. *Schuster* schildert das sehr schön an den Beispielen der Kreditplafondierung und der Überkonjunktur.

Schon deshalb ist der in linken Kritikerkreisen beliebte Gedanke einer Verstaatlichung des Bankenapparates zur Lösung des Machtproblems gänzlich ungeeignet. Es ist mit der Macht so wie mit dem Phänomen der Schuld bei Arthur Miller: Sie ist adhärent. Man kann sie nicht einfach ablegen oder mit dem Bemerken, sie sei nicht oder nicht mehr relevant, irgendwo abgeben. Deswegen überzeugt das von Banken gern benutzte Argument überhaupt nicht, man habe zugegebenermaßen Macht, mache aber keinen Gebrauch davon. Aus dem gleichen Grunde würde aber auch ein Apell an die Moral der Banken, wie er *Schuster* vorschwebt, nichts nützen (vorausgesetzt, es gäbe eine begründete Vorstellung, worum es sich bei „Moral“ eigentlich handelt).

Der Umstand, daß diese Rezension länger ausgefallen ist als geplant, spricht für die Arbeit von Leo *Schuster*. Ihr Verdienst ist es nicht, die bankpoliti-

schen Grundfragen auf nur 147 Druckseiten beantwortet zu haben. Ihr Nutzen liegt vielmehr darin, die Frage der Banken-Macht im Lichte der ganzen Einfalt der herrschenden Vorstellungen angerissen und für eine wirklich wissenschaftliche Behandlung des Problems Anstöße geliefert zu haben.

Wolf-Dieter Becker, Bonn

Schmitt, Bernhard: Die Theorie des Kreditgeldes und ihre Anwendung im internationalen Zahlungsverkehr. Deutsche Übersetzung und Bearbeitung von Wulf J. Rohland. (Uni-Taschenbücher 747). 1. Auflage. Fischer, Stuttgart/New York 1978. DM 16,80.

Das Buch von Schmitt handelt in erster Linie von internationalen Währungsfragen. Der Autor plädiert für die Einführung eines supranationalen Kreditgeldes („Internationaler Dollar“), welcher als internationales Zahlungsmittel an die Stelle des Goldes oder einzelner nationaler Währungen (wie des Dollars) treten soll. Das supranationale Kreditgeld sollte von der Emissionsabteilung eines Neuen internationalen Währungsfonds emittiert werden. Eine weitere Abteilung des Fonds sollte als internationaler Kreditvermittler tätig werden. Das supranationale Geld tastet, so der Verfasser, die wirtschaftspolitische Souveränität der Länder nicht an. Das System kann und soll auf der Basis fester, aber revidierbarer Wechselkurse arbeiten.

Das Besondere an diesem Buch ist einmal, daß es das nationale und internationale monetäre Geschehen als eine Einheit auffaßt und mit einem einheitlichen theoretischen Grundkonzept interpretiert. Zum anderen wird dieses Grundkonzept — die Theorie des Kreditgeldes — vom Verfasser auch als eine neue Theorie angesehen, die nicht nur die keynesianische Theorie überwinden (so der Umschlagtext), sondern auch eine Synthese zwischen Neuer Quantitätstheorie und keynesianischer Einkommenstheorie (S. 81) ermöglichen will. Einige Grundgedanken dieser Theorie, die der Verfasser in die Tradition von Machlup, Knapp, Bendixen, Hahn, Forstmann, Veit und Keynes stellt, seien skizziert.

Die moderne Geldwirtschaft kennt kein Stoffgeld mehr sondern nur noch Kreditgeld. Dieses entsteht durch Emission von Banken (einschl. Zentralbank) und ist gleichzeitig Schuld und Forderung der Emissionsbank sowie Forderung und Schuld desjenigen Wirtschaftssubjektes, für das das Geld geschaffen wurde. Dadurch, daß es gleichermaßen für beide Seiten „Aktiv/Passiv“ ist, unterscheidet sich das Kreditgeld von Schulden, die durch Nichtbegleichung eines Kaufpreises entstehen, die für Gläubiger und Schuldner nur Forderungen bzw. nur Schulden sind. Während Stoffgeld gehortet und enthoritet werden kann und somit Ungleichheiten von Käufen und Verkäufen bei jedem Wirtschaftssubjekt ermöglicht, ist die „logisch notwendige Gleichheit der Käufe und der Verkäufe jedes einzelnen Subjektes“ das „grundlegende Gesetz“ der gesamten Theorie des Kreditgeldes (S. 10, 26 f., 30). Käufe und Verkäufe beziehen sich hier auf Güter incl. Wertpapiere.

Das Kreditgeld ist im Zeitpunkt seiner Schaffung („Injektion“) zunächst wertlos, da Geldschöpfung „ex nihilo“ keine Reichtümer zu schaffen vermag. Es ist ein „leeres Transportmittel“ ohne Kaufkraft, welches erst durch „Integration“ mit Kaufkraft „beladen“ wird: Die Produktionsbetriebe erwerben mit dem Kreditgeld Produktivkräfte (menschliche Arbeit). Mit diesen werden Güter produziert, und indem das geschieht, entsteht Kaufkraft bei den Einkommensbeziehern. Die Kaufkraft entspricht wertmäßig dem Einkommen. Indem das Einkommen für Güter verausgabt wird, verliert das Geld seine Kaufkraft wieder (Desintegration). Es fließt zu den Produktionsbetrieben zurück und wird entweder an die Emissionsbank zurückgezahlt oder erneut für den Kauf von Produktivkräften verwandt. Hieraus folgt, daß integriertes Kreditgeld die Übereinstimmung von Kaufkraft und verfügbaren Gütern sichert. Probleme entstehen erst, wenn ein nichtintegriertes (also nicht über die Produzenten an die Produktivkräfte verteilt) Geld zu Käufen von Gütern und Dienstleistungen führt. Das geschieht in einer Wirtschaft beispielsweise dann, wenn Schuldverschreibungen, die nicht durch Bankemission sondern in Verbindung mit Käufen entstanden sind, als Zahlungsmittel „mißbraucht“ werden („Inflationsgeld“). Durch Außenhandel entstehen inflationäre Spannungen etwa, wenn Güter gegen Gold (oder Dollar) exportiert werden. Am Inlandsmarkt stehen dann weniger Gütereinheiten zur Verfügung, als dem im Produktionsprozeß entstandenen Einkommen entspricht. Das kann durch ein internationales Geld, welches analog zum Kreditgeld konzipiert ist, verhindert werden. Weil es als Aktiv/Passiv keine zusätzliche Kaufkraft enthält, kann supranationales Geld Kaufkraft nur durch „Umladen“ der Kaufkraft von einer nationalen Währung enthalten. Die Gesamtkaufkraft bleibt somit weltweit unverändert und mit der Güterproduktion im Einklang.

Der Rezensent mag nicht verschweigen, daß der Zugang zu dem Buch von Schmitt außerordentlich schwierig ist, und zwar aus mehreren Gründen.

Erstens wegen der eigenwilligen Terminologie! Schmitt entwickelt zum Teil eine eigene Terminologie (z. B. „Integration“ von Geld, „Injektionspunkt“, „Inflationsgeld“ — die Begriffsbestimmungen im Anhang sind eigentlich auch erst nach Lektüre des Textes verständlich), verwendet bekannte Termini in unüblicher Form (z. B. wenn Wertpapiere als reale Güter bezeichnet werden oder „Gleichgewicht des Geldes“ als Übereinstimmung der geldlichen Gesamtnachfrage mit dem Angebot definiert wird, S. 78), stellt bestimmte Sachverhalte ohne die dafür üblichen Termini dar (auf Seite 29 könnte man „Budgetgleichungen“ ansprechen, Seite 34 f. die Einkommensgleichungen $Y = C + I$, $Y = L + G$ verwenden, auf Seite 78 $I = S$ ansprechen) und läßt Begriffe zum Teil unklar (ist z. B. „Nützlichkeit“ des Kreditgeldes mit allokativtheoretischer Effizienz zu übersetzen?). Eine Begründung für die Zweckmäßigkeit dieser terminologischen Eigenheiten findet man nicht.

Zweitens ist es zwar begrüßenswert, wenn der Verfasser dem Leser „nicht das ermüdende Schauspiel endloser Diskussionen zwischen Lehrmeinungen“ (S. 4) bieten will. Wenn aber andererseits die „keynesianische Geldtheorie überwunden“ und mit der Neoquantitätstheorie „versöhnt“ werden soll, dann

macht sich das vollständige Fehlen von Literaturhinweisen oder Zitaten doch als ein Mangel bemerkbar. Wo genau die Unterschiede zu welcher und zu wessen Lehrmeinung liegen, bleibt weitgehend im Dunkeln bzw. muß vom Leser erst außerordentlich mühselig herausgefunden werden.

Drittens — und dies ist vielleicht der wesentlichste Punkt — fehlt eine explizite Darlegung dessen, was eine Theorie erst ausmacht: die Hypothesen. Der Text besteht zunächst aus einer Fülle von Definitionen, was nicht zuletzt in den fast überreichlich gebrauchten Hinweisen zum Ausdruck kommt, daß diese oder jene Aussage den Gesetzen der *Logik* widerspreche oder durch sie „bewiesen“ sei. Das System von Definitionen und die Erarbeitung seiner logischen Implikationen ist auch wertvoll, wie die unkonventionelle Behandlung z. B. der Fragen der Bewertung von Leistungs- und Kapitalbilanzsaldoen zeigt. Gleichzeitig wäre eine deutlichere Trennung von *Ex post*-Aussage und *Ex ante*-Aussage wünschenswert. Ein Beispiel: „Jedes Produkt findet entweder über die freiwillige oder über die erzwungene Nachfrage seinen Absatz“ (S. 36). Diese Aussage, die nicht mehr als die bekannte *Ex post*-Übereinstimmung von Investitionen und Ersparnissen konstatiert, hat für den Verfasser Beweiskraft: „Denn es steht einwandfrei fest, daß das reale Angebot und die reale Nachfrage immer und notwendigerweise gleich sind.“ (S. 78). M. a. W. macht es für den Verfasser keinen Unterschied für das Funktionieren des Kreditgeldsystems und der damit verbundenen Wirtschaft, ob die Produktion über freiwillige Nachfrage oder unfreiwillige Nachfrage (ungeplante Lagerinvestitionen) Absatz findet. Das Gleichgewicht des Geldes wird davon nicht tangiert. Derartige Passagen weisen auf implizite Verhaltenshypothesen hin, die anscheinend mit herkömmlichen nicht ohne weiteres kompatibel sind. Kurz: Dem Buch fehlt die explizite *Ex ante*-Analyse.

Diese Hinweise mögen als Anregung verstanden werden, den Text bei einer eventuellen Neuauflage zugänglicher zu machen — dies im Interesse der Sache, denn die Originalität der Gedanken zum internationalen Währungssystem verdient durchaus deren Diskussion.

Rüdiger Pohl, Hagen

Keinath: Regionale Konjunkturschwankungen. Verlag J. C. B. Mohr, (Paul Siebeck), Tübingen 1978. 335 Seiten. DM 74,—.

Keinath: Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik. Verlag J. C. B. Mohr, (Paul Siebeck), Tübingen 1978. 329 Seiten. DM 68,—.

In seinen beiden Büchern „Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik“ und „Regionale Konjunkturschwankungen“ befaßt sich **Keinath** mit der Möglichkeit, die bisher global betriebene Stabilitätspolitik unter regionalen Gesichtspunkten zu differenzieren. Er behandelt damit ein Thema, das immer dann von besonderem Interesse ist, wenn sich in längeren Perioden mit niedrigen Wachstumsraten — wie in der jüngsten Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland — Struktur- und Konjunkturprobleme überlagern, und legt dabei überzeugend dar, daß eine Regionalisierung der Konjunkturpolitik nur dann sinnvoll sein kann, wenn

- a) die Konjunkturbewegung kein ausschließlich gesamtwirtschaftliches Phänomen ist, sondern sich interregional unterschiedlich darstellt.
- b) die Ausschaltung dieser zwischenräumlichen Divergenzen der Realisierung gesellschaftspolitischer, gesamtwirtschaftlicher und raumordnungspolitischer Ziele dient.
- c) ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung steht, das eine regional gezielte Nachfragesteuerung möglich macht. Dies gilt sowohl für die Primär- als auch für die Sekundäreffekte der getroffenen Maßnahmen.
- d) es in einem föderalistischen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland möglich ist, die Gebietskörperschaften unterschiedlicher Ebene in das Konzept einer regionalisierten Konjunkturpolitik einzubinden.

Keinath geht in seinem Buch „Regionale Konjunkturschwankungen“ auf das unter a) angesprochene Problem ein, während er sich in seiner Schrift „Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik“ mit den Fragen b) - d) beschäftigt. Insofern stehen beide Werke in einem engen Zusammenhang und werden deshalb gemeinsam besprochen.

Die empirische Analyse *Keinaths* bezieht sich auf die Länder der Bundesrepublik im Zeitraum 1950 - 1970 (vereinzelt bis 1974), wobei die konjunkturelle Anfälligkeit mit dem Bruttoinlandsprodukt, das global und sektorale differenziert vorgestellt wird, und der Arbeitsmarktsituation gemessen wird. Bevor der Autor seine eigenen Ergebnisse präsentiert, nimmt er eine umfangreiche Literaturexegese vor. Bemerkenswert ist hierbei der m. W. vollständige Überblick über die in den USA und Großbritannien durchgeföhrten Untersuchungen zu regionalen Produktionszyklen, wobei es dem Autor gelingt, auch komplexere Sachverhalte einfach, klar und übersichtlich darzustellen.

Von einer gleichen Akribie sind die von *Keinath* durchgeföhrten statistischen Analysen. Trotz ihres großen Informationsgehaltes fallen hierbei aber einige mögliche Verbesserungen auf:

- a) In den letzten Jahren sind in der Bundesrepublik einige empirische Arbeiten zum regionalen Konjunkturphänomen vorgestellt worden, auf die der Autor nicht eingegangen ist. Beispielhaft sei die umfangreiche Arbeit Hoffmanns (Heinz Hoffmann: Bedeutung und Erklärung regionaler Konjunkturphänomene, Bochum 1975) angeführt, der wie *Keinath* die Konjunkturanfälligkeit der Bundesländer in sektoraler Differenzierung untersucht hat.
- b) Die Ergebnisse im Buch „Regionale Konjunkturschwankungen“ basieren auf der herkömmlichen Zeitreihenanalyse (bei einzelnen Zeitreihen) und Korrelations- sowie Regressionsrechnungen (bei der Überprüfung der Abhängigkeit mehrerer Zeitreihen). Die Resultate hätten sicherlich an Aussagekraft gewonnen, wenn moderne statische Verfahren wie Spektral-, Kreuzspektral- und Faktorenanalyse benutzt worden wären.
- c) Berechnet man Korrelationskoeffizienten zwischen zwei Größen y_t und x_t , so zeigt ein in der Nähe von 0 liegender Wert keineswegs an, daß die Gemeinsamkeiten gering sind. Es kann nämlich ein time-lag zwischen

beiden Variablen bestehen, z. B. in der Form $y_t = f(x_{t-1})$. Ist dies der Fall, so zeigt nur der Korrelationskoeffizient zwischen y_t und x_{t-1} die Stärke der Beziehung an, während der Bezug zwischen y_t und x_t zu verzerrten Ergebnissen führt. *Keinath* sieht zwar dieses Problem, berücksichtigt es aber bei der Analyse nicht.

- d) In beiden Schriften geht der Autor auf das Regionalisierungsproblem ein; er erkennt also zutreffend, daß mit einer problemadequaten Abgrenzung der Untersuchungsräume die Aussagekraft der gewonnenen Kennziffern steht und fällt. Dabei gibt er einer homogenen Regionalabgrenzung (Agglomerationen, ländlicher Raum) den Vorzug*, während nach Auffassung des Rezensenten funktionale Räume (vor allem regionale Arbeitsmärkte) eher angemessen sind.

Trotz dieser kritischen Bemerkungen bleibt ein positiver Gesamteindruck, der sich bei der Lektüre des Buchs „Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik“ bestätigt. Auch hier berücksichtigt *Keinath* umfassend die relevante Literatur und präsentiert schwierige Modelle klar verständlich. Bei der Therapie regional unterschiedlicher konjunktureller Sensibilitäten schlägt er eine lang- und eine kurzfristige Lösung vor. Die erstere besteht in der Schaffung „krisenfester Regionen“, die zweite in einer regional gezielten, kurzfristig orientierten Nachfragesteuerung. Für diese kommt — und auch hier ist *Keinath* recht zu geben — primär die Fiskal- und weniger die Geldpolitik in Frage. Dabei sieht er klar die mit diesem Konzept verbundenen Schwierigkeiten, die vor allem in der Steuerung der Folgeeffekte und der Harmonisierung der Maßnahmen verschiedener Träger der Konjunkturpolitik bestehen. Seine Empfehlung für die Regionalisierung der Stabilitätspolitik fällt daher zurückhaltend aus; er begrüßt sie nur in Phasen der Tiefkonjunktur. Diese Entscheidung begründet er eingehend; dabei wäre es sicher der Klarheit der eigenen Aussagen zugute gekommen, wenn sie an einigen Stellen formalisiert worden wären.

Es bleibt festzuhalten, daß *Keinath* mit den „Regionalen Konjunkturschwankungen“ und den „Regionalen Aspekten der Konjunkturpolitik“ zwei Bücher vorgelegt hat, die Ausdruck einer äußerst gründlichen wissenschaftlichen Arbeit sind. Ihre Stärke liegt in einer umfassenden Präsentation der zu diesem Thema geschriebenen Literatur sowie der Voraussetzungen für den Erfolg einer regionalisierten Konjunkturpolitik.

Hans-Friedrich Eckey, Sprockhövel

* Daß er im empirischen Teil auf administrative Einheiten (primär Bundesländer) zurückgreift, hat seinen Grund in der Präsenz von sekundärstatistischem Material.